

Die Flucht der S-Bahn-Landräte

Es wird immer enger für das Milliardenprojekt zweiter S-Bahn-Stammstreckentunnel. Auch die Landkreise im MVV-Bereich lehnen eine Mitfinanzierung ab. Die Forderung, Alternativen anzugehen, werden lauter.

VON CAROLINE WÖRMANN

Die Antworten der Landräte aus dem S-Bahn-Bereich fallen alle recht ähnlich aus. Christian Ude (SPD), Münchner OB und Vorsitzender des Münchner Verkehrsverbunds, hatte sie befragt, ob sie zu einer Vor-

finanzierung für den zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnel bereit seien. Dass sich nicht nur die Stadt München, sondern auch die Landkreise beteiligen müssten, hatte der CSU-Fraktionschef im Münchner Rathaus, Josef Schmid, gefordert. Der Ausbau der S-Bahn, betonen die Landkreis-Chefs nun unisono, sei allein Aufgabe von Bund und Freistaat. Und: Selbst wenn sie sich freiwillig beteiligen würden, sei eine Beanstandung durch die Rechtsaufsicht zu erwarten.

Mit ihrem „Nein“ stützen die Landkreise den Münchner OB, der eine Beteiligung der Stadt ebenfalls ausgeschlossen

hat. Die Landkreise machten deutlich, dass „die Kommunen zu einem solchen Engagement weder berechtigt noch finanziell in der Lage seien“, so Ude am Dienstag. Die bayerische Staatsregierung verspreche seit 15 Jahren die Realisierung des Tunnels. Sie könne sich „ihrer Alleinverantwortung nicht mit durchsichtigen Schwarze-Peter-Spielereien entziehen“.

In der vergangenen Woche war klar geworden, dass der Bund kaum mehr als 200 Millionen Euro für das Zwei-Milliarden-Projekt bereitstellen wird. Immer unwahrscheinlicher wird damit, dass die Finanzierung der zweiten Stammstrecke noch auf die

Beine gestellt werden kann. Derzeit klafft eine Finanzierungslücke von etwa einer Milliarde Euro.

Die Münchner CSU, die zuletzt immer wieder an die Stadt appelliert hatte, mitzuzahlen, rügte die Landräte am Dienstag für ihre Ablehnung. „Wenn es nun zum Schwur kommt, absentieren sich gerade die, die am vehementesten für die zweite Röhre Stellung bezogen haben“, erklärte Hans Podiuk, Vize-Chef der Rathaus-CSU.

Fraktionschef Josef Schmid betonte, die Landkreise hätten formal Recht, denn die Finanzierung der zweiten Stammstrecke sei nicht ihre Aufgabe. „Die Bürger verlangen aber ei-

ne Lösung für die drängenden Probleme bei der S-Bahn.“

Schmid kritisiert auch, dass die Stadt bereits zwei Mal eine vergleichbare Vorfinanzierung geleistet habe – einmal beim Bau der U-Bahn in den 80er-Jahren, ein weiteres Mal bei der Verlängerung der Einhausung der Autobahn A 99 bei Aubing. Ude hält diesen Vergleich für „vollkommen irreführend“. Der U-Bahn-Bau sei eine kommunale Aufgabe, die staatlich bezuschusst werde. Bei der Verlängerung der Einhausung in Aubing habe es sich um „Zusatzwünsche“ der Stadt gehandelt, zu deren Erfüllung der Staat nicht verpflichtet sei.

Indes mehren sich die Stim-

men, die das Projekt zweite Stammstrecke für tot halten. Stadträtin Sabine Nallinger, Verkehrsexpertin der Grünen, hatte erklärt, dass es „an der Zeit sei, offen und ehrlich zu werden“ – und Alternativen zur Stammstrecke zu prüfen. FDP-Fraktionschef Michael Mattar forderte, Ude und die Landräte müssten „den zweiten Tunnel gemeinsam mit dem Freistaat endlich beerdigen“. Der Blick müsse nach vorne gerichtet werden – auf machbare Lösungen wie etwa den Ausbau der U-Bahn nach Pasing und Engschalking und den Ausbau der S-Bahn-Außenäste sowie die Sendlinger Spange.